

**Niederschrift
über die Sitzung des Schulausschusses
am 01.06.2005 um 17.30 Uhr
im Ratssaal des Rathauses der Stadt Eschweiler**

Anwesend:

Ratsmitglieder:

RM Schultheis (SPD) als AVors.
RM Pohl (CDU) als stellv. AVors.

von der SPD:

RM Gartzen, RM Löhmann, RM Medic,
RM Schyns

von der CDU:

RM Faschinger, RM Kortz, RM Schmitz

von der UWG:

RM Olbrich

Sachkundige Bürger (stimmberechtigt):

von der SPD:

Zimmermann, Kirschvink

von der CDU:

Mund sowie Vertreter Kamps

von der FDP:

Wessels

von Bündnis 90/Die Grünen:

Pieta

Sachkundige Einwohner:

Vertreter des Kinderschutzbundes:

Kaleß

Vertreter der kath. Kirche:

Dechant Wienand

Vertreter der evgl. Kirche:

Pfarrer Schippers

Vertreter der städt. Schule

Schulleiter Meuter (bis 19.20 Uhr),
Schulleiter Rott, Schulleiter Schwane,
Schulleiter Reinartz (bis 18.35 Uhr),
komm. Schulleiter Bleimann, Schulleiter
Schnitzler

von der Verwaltung:

Herr Kamp, I/RF
Herr Henges, AL 40
Frau Siemens, 40

Schriftführer:

Herr Monger

Entschuldigt fehlten:

Sachkundige Einwohner:

Vertreter der Städt. Gesamtschule
Eschweiler

AVors. Schultheis begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreter der Presse und der Verwaltung, die Gäste sowie die Zuhörer und eröffnete die Sitzung.

Er stellte fest, dass mehr als die Hälfte der Ratsmitglieder anwesend war und dass die Zahl der anwesenden Ratsmitglieder die Zahl der anwesenden Sachkundigen Bürger überstieg. Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses war somit gegeben. Er stellte weiterhin fest, dass die Einladung frist- und formgerecht erfolgte.

Änderungswünsche zur Tagesordnung bestanden nicht, so dass die Tagesordnung in nachstehender Reihenfolge beraten wurde:

Tagesordnung:

A) Öffentlicher Teil:

- | | |
|---|----------------------|
| A 1) Bestellung von Schriftführern | VV-Nr. 152/05 |
| A 2) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 24.11.2004; abschriftlich zugestellt am 16.12.2004 | |
| A 3) Umwandlung der Kath. Grundschule Don-Bosco in eine Offene Ganztagschule zum Schuljahr 2005/2006
-Sachstandsbericht- | VV-Nr. 148/05 |
| A 4) Veränderung der sonderpädagogischen Förderung
Antrag der CDU-Fraktion vom 21.04.2005 | VV-Nr. 149/05 |
| A 5) Anfragen und Mitteilungen | |

B) Nichtöffentlicher Teil:

- B 1) Anfragen und Mitteilungen

A) Öffentlicher Teil:

- | | |
|---|----------------------|
| A 1) Bestellung von Schriftführern | VV-Nr. 152/05 |
|---|----------------------|
-

Der Schulausschuss fasste einstimmig nachstehenden Beschluss:

„Zur weiteren Schriftführerin für die Sitzungen des Schulausschusses wird Frau Melanie Siemens bestellt“

- | |
|--|
| A 2) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 24.11.2004; abschriftlich zugestellt am 16.12.2004 |
|--|
-

Die Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 24.11.2004 – abschriftlich zugestellt am 16.12.2004 – wurde einstimmig genehmigt.

A 3) Umwandlung der Kath. Grundschule Don-Bosco in eine offene Ganztagschule zum Schuljahr 2005/2006 –Sachstandsbericht- VV-Nr. 148/05

RM Olbrich fragte nach einem Sachstandsbericht zu den Bundesmitteln und ob ein frühzeitiger Baubeginn förderschädlich sei, da derzeit noch kein Bewilligungsbescheid vorliege. Dies wurde seitens der Verwaltung verneint. **RM Gartzen** bat um die genaue Anzahl der Anmeldungen. **Herr Henges** gab an, dass z.Zt. 44 Anmeldungen für den offenen Ganztagsbetrieb vorliegen. **RM Pohl** fragte nach den finanziellen Auswirkungen, sofern es weniger Anmeldungen als geplant gäbe. **Herr Kamp** gab zur Kenntnis, dass für 2 Gruppen, mit je 30 Kindern Landesmittel beantragt wurden. Sofern weniger als 60 Anmeldungen vorliegen, ist der überzahlte Betrag zu erstatten, maßgeblich ist hier die Anmeldezahl eine Woche nach Beginn des Schuljahres 2005/06. In der Vorlage sei man bereits von einer zum jetzigen Zeitpunkt realistischeren Anmeldezahl (50 Kinder) ausgegangen. **Herr Meuter** bestätigte, dass es erfahrungsgemäß nach den Ferien noch zu vereinzelt Anmeldungen komme. **SkE Kaleß** merkte hierzu an, dass eine Anmeldung von 60 Kindern für den Kinderschutzbund mit dem jetzigen Personalbestand gar nicht möglich gewesen wäre. 50 Kinder seien hingegen mit einer geringen personellen Aufstockung und Verschiebung von Arbeitszeiten problemlos zu betreuen. Sie sagte außerdem, dass gewisse Punkte nochmals durchgerechnet bzw. in der Praxis erprobt werden müssten. So auch die Betreuung der Kinder während der Ferienzeit. **AVors. Schultheis** und die Ausschussmitglieder dankten an dieser Stelle dem Kinderschutzbund für die Unterstützung.

RM Olbrich bat die Verwaltung um Mitteilung, warum man sich bei dem Raumkonzept für die 2. Alternative entschieden habe. **Herr Kamp** erwiderte, dass es sich dabei um die kostengünstigere und trotzdem zweckmäßige Alternative handle. **RM Pohl** bedauerte, dass der Ortstermin in der Don-Bosco-Schule ausschließlich für die Teilfraktion der SPD stattgefunden habe. Ein gemeinsamer Ortstermin aller Ausschussmitglieder wäre ihrer Meinung nach wünschenswert gewesen. **Herr Kamp** gab daraufhin zur Kenntnis, dass dieser Termin der Verwaltung nicht bekannt war und somit keine Koordinierung erfolgen konnte. **SkE Kaleß** regte daher einen gemeinsamen Termin in der Don-Bosco-Schule an, entweder noch vor den Sommerferien, oder im Rahmen eines „Tages der offenen Tür“ im neuen Schuljahr. Dies ist auch im Sinne der Schulleitung. **RM Gartzen** gab für die SPD-Fraktion an, dass das Konzept des Kinderschutzbundes schlüssig sei und diesseits Unterstützung finden werde. Weitere Wortmeldungen lagen gem. **AVors. Schultheis** nicht vor, die Ausschussmitglieder nahmen den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis und fassten einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Durchführung der offenen Ganztagschule in der Kath. Grundschule Don-Bosco auf Grundlage des vorliegenden Konzeptes des Kinderschutzbundes vom 28.01.2005 wird zugestimmt“.

**A 4) Veränderungen der sonderpädagogischen Förderung
Antrag der CDU-Fraktion vom 21.04.2005**

VV-Nr. 149/05

Schulrat Reuß erklärte eingangs die Änderungen, die sich durch das neue Schulgesetz ergeben und die Möglichkeit, Förderschulen im Verbund zu gründen. Er erläuterte die Vor- und Nachteile zur Beibehaltung des bisherigen Systems oder einer Kombination beider Schulformen (d.h. einer Förderschule im Verbund neben den einzelnen Förderschulen in den entsprechenden Förderrichtungen) oder der Einrichtung einer Förderschule im Verbund. Tenor seiner Ausführungen war es, herauszustellen, dass Deutschland an die neuerlichen Entwicklungen in Europa Anschluss finden solle und so im sonderpädagogischen Bereich Änderungen unabdingbar seien. Er gab zur Kenntnis, dass der Kreis Aachen bereits sehr weit bei der Integration von behinderten Schülern in allgemeinen Schulen sei, er es aber trotzdem als sinnvoll ansehe, wenn es in den Gemeinden weiterhin Förderschulen respektive Förderschulen im Verbund gäbe. Letztlich bleibt festzustellen, dass man die Inhalte des Erlasses versuchen muss umzusetzen, unabhängig von Hilfestellungen seitens des

Gesetzgebers. Schließlich sollen die Astrid-Lindgren-Schule und die Erich-Kästner-Schule, die bisher in Trägerschaft des Kreises Aachen seien, ersetzt werden durch wohnortnahe städt. Förderschulen. **Herr Schnitzler** gab zur Kenntnis, dass mehr Belastung auf die Allgemeinbildenden Schulen durch das neue Schulgesetz zukomme. Zusätzlich würden die Schulkindergärten wegfallen zum neuen Schuljahr, was die Belastung nochmals erhöhen werde. **Herr Dr. Michels** gab an, dass er eine möglichst frühe Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs für sinnvoll halte. Eine gemeinsame Beschulung in den ersten beiden Schuljahren halte er nicht für sinnvoll. Die Kinder müssen frühzeitig speziell gefördert werden. **SKE Kaleß** sieht die Beschulung in einer Förderschule im Verbund auch als psychologisch als problematisch an. **Herr Neef** berichtete kurz über die Arbeit an der Erich-Kästner-Schule, er gab an, dass es sinnvoll sei, Schüler mit verschiedenen Behinderungen in einer Verbundschule zu beschulen, er befürworte das Alsdorfer System. Im Anschluss gaben die Ausschussmitglieder **Herrn Mohr**, Schulleiter an der Astrid-Lindgren-Schule die Gelegenheit, sich zu äußern. Er gab zur Kenntnis, dass die Zahl der Rückschulquote nach dem 6. Schuljahr bei 30 % liege. Daran müsse sich die Verbundschule messen lassen. **Herr Reuss** führte nochmals aus, dass es ihm nicht ausschließlich um die Integration gehe. Er befürworte weiterhin die Förderschulen, allerdings im Verbund. Er wies darauf hin, dass sich die Schülerzahlen der Schule für Lernbehinderte in Eschweiler reduzieren kann, wenn im Umkreis alle anderen Städte die Förderschule im Verbund einrichten. Er sehe daher eine Gefahr für die Willi-Fährmann-Schule. Dieser Meinung schloss sich **Herr Bleimann** an und gab zur Kenntnis, dass sich die Schulkonferenz einstimmig für die Förderschule im Verbund ausgesprochen habe.

RM Olbrich bat in diesem Zusammenhang um Mitteilung, wie sich das Projekt der Integration von behinderten Schülern an der GHS Eschweiler-Stadtmitte bewährt habe. Es wurde eine Klärung seitens der Verwaltung zugesagt.

Anmerkung der Verwaltung: Gem. Mitteilung der zuständigen Schulleitung, ist das Projekt noch nicht abgeschlossen. Ein Abschlussbericht zum Ende des Schuljahres 2004/05 wurde seitens der Schulleitung zugesagt.

A 5) Anfragen und Mitteilungen

A 5.1) Entwicklung bei der Einrichtung weiterer offener Ganztagschulen im Stadtgebiet

RM Olbrich fragte an, wie die Entwicklung bei der Einrichtung weiterer offener Ganztagschulen wäre. Hierbei wies sie konkret auf die Zusammenarbeit der KGS Barbaraschule und der KGS Röthgen hin. Seitens der Verwaltung gibt es hierzu z.Zt. keinen neuerlichen Sachstand.

A 5.2) Gewalt an Schulen

RM Schyns bat in der nächsten Ausschusssitzung das Thema „Gewalt an Schulen“ aufzunehmen und darum dieses Thema mit einem Referenten zu diskutieren.

A 5.3) Baumängel an der KGS Barbaraschule –Sachstandsmitteilung-

RM Schmitz bat um Sachstandsmitteilung über die Baumängel an der Kath. Grundschule Barbaraschule. Seitens der Verwaltung wurde eine Klärung zugesagt.